

Ecopop – eine grosse Chance für die Schweiz!

Nach der denkwürdigen Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 glaubten viele Schweizerinnen und Schweizer, jetzt werde endlich die Einwanderung auf ein erträgliches Mass reduziert. Inzwischen dürfte es jedermann klar sein, dass dies eine Illusion war. Unsere Regierungspolitiker von links bis rechts denken nicht im geringsten daran, den Volksentscheid zu befolgen. Stattdessen suchen sie unablässig nach Möglichkeiten, diesen zu umgehen. Und das ist leider nicht einmal allzu schwierig, **weil die angenommene Initiative „gegen Masseneinwanderung“ entgegen ihrem viel versprechenden Titel keinerlei konkrete Begrenzung der Zuwanderung vorsieht.** Klar ist immerhin, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern soll. Zur Umsetzung des Volksentscheids hätte der Bundesrat deshalb als erstes

das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen

müssen. Denn dieser Staatsvertrag zwingt uns, so lange er noch besteht, **weiterhin jedes Jahr einen Bevölkerungszuwachs in der Grössenordnung von 80'000 Personen auf.** Weil die EU stur auf der verfassungswidrigen Personenfreizügigkeit beharrt, sind diesbezügliche Verhandlungen sinnlos. Sie haben einzig zur Folge, dass sich die Übervölkerung der Schweiz noch jahrelang im bisherigen Tempo verschlimmert – **alle 12 Jahre eine Million Menschen mehr in unserem kleinen Land!** In Anbetracht des beschämenden Duckmäsertums unserer Regierung gegenüber den immer frecher werdenden EU-Funktionären und des anhaltenden Wachstumswahns der hiesigen Managerkaste ist mittlerweile klar: **Bundesrat und Parlament wollen trotz Volksentscheid weder die Personenfreizügigkeit beenden noch die Einwanderung drosseln.** Darum braucht es

eine klare zahlenmässige Limite für die Einwanderung

in der Bundesverfassung. Mit der Ecopop-Initiative wird die Nettozuwanderung pro Jahr auf 0,2% der ständigen Wohnbevölkerung beschränkt. Das tönt nach wenig, bedeutet aber, dass noch immer jedes Jahr 16'000 Personen mehr ein- als auswandern dürfen.

Da erfahrungsgemäss ca. 80'000 Personen pro Jahr die Schweiz verlassen, können also dennoch fast 100'000 Einwanderer neu ins Land kommen.

Und da behaupten die Gegner der Initiative allen Ernstes, die Initiative sei „radikal“, führe zu „Abschottung“ und „würde die Wirtschaft ab“ – das alles ist blanker Unsinn! Nicht

anders verhält es sich mit dem Gerede, dass die Einwanderung Arbeitsplätze schaffe. Das Umgekehrte ist der Fall.

Wir blähen die Wirtschaft unvernünftig auf und schaffen Arbeitsplätze, die wir gar nicht benötigen, sondern nur mit immer noch mehr Einwanderern überhaupt besetzen können.

Viel gescheiter wäre doch, **die Arbeitsplätze dort zu schaffen, wo die Menschen sind, und letzteren die Migration zu ersparen!**

Hauptursache der Verbetonierung

Die ständige Ausdehnung der Siedlungsfläche zu Lasten der (ohnehin zur Ernährung der stark gewachsenen Bevölkerung schon längst nicht mehr ausreichenden) Landwirtschaftsflächen ist mittlerweile zu ca. 80% eine Folge der Masseneinwanderung. Dass daneben noch weitere Ursachen (leicht wachsender Flächenverbrauch pro Kopf, Geburtenüberschuss) zur Verbetonierung der Schweiz beitragen, **kann doch kein Grund sein, gegen die Hauptursache nichts zu unternehmen.** Das viel gepredigte „verdichtete Bauen“ vermag allenfalls den Kulturlandverlust etwas zu mildern, ändert aber nichts an der zunehmenden Übervölkerung und Übernutzung des Lebensraums Schweiz mit all ihren schädlichen Folgen für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt. Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass die Gesamtbelastung der Umwelt aus einer

Multiplikation des Lebensstandards mit der Bevölkerungszahl

resultiert. Die Kritik der Grünen, dass unser „ökologischer Fussabdruck“ viel zu gross sei, ist an sich berechtigt.

Eine drastische Reduktion des Lebensstandards lässt sich aber in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht durchsetzen.

Die Stimmberechtigten werden dazu niemals ja sagen. Umso vordringlicher ist deshalb ein Stopp des Bevölkerungswachstums. Nicht stichhaltig ist die Argumentation, dass punkto Umweltbelastung belanglos sei, ob jemand in der Schweiz oder im Ausland lebe. Die Zuwanderer kommen ja zu uns, um ihren Lebensstandard zu steigern, und damit belasten sie nach der Migration auch die Umwelt entsprechend stärker. Die

Angstmacherei seitens der Ecopop-Gegner

bedient sich in derselben Mottenkiste längst widerlegter „Argumente“, mit denen schon seit mehr als fünfzig Jahren versucht wird, die Masseneinwanderung zu rechtfertigen. Da ist etwa von drohenden Milliardenverlusten für die AHV die Rede.

Natürlich führt der Zustrom junger Ausländer kurzfristig zu einer Entlastung der AHV, doch 20, 30 Jahre später werden auch diese Einwanderer zu Rentenbezügern und belasten die AHV.

Der Versuch, die Altersvorsorge mit Einwanderung zu finanzieren, gleicht deshalb dem Verhalten eines Schuldners, der glaubt, seinen Schuldenberg loswerden zu können, indem er neue und immer noch grössere Kredite aufnimmt, um die alten abzuzahlen. Ebenso falsch ist die Behauptung, die von Ecopop angestrebte Reduktion der Zuwanderung führe zu einem verheerenden Mangel an Pflegepersonal.

Ein Blick in unsere Spitäler zeigt, dass der Ausländeranteil nicht nur bei den Pflegenden, sondern auch bei den Patienten sehr hoch ist.

Der viel beklagte Mangel an gut ausgebildeten Berufsleuten ist im Übrigen – soweit er denn tatsächlich besteht – grösstenteils hausgemacht. **Würde die gymnasiale Maturandenquote von heute ca. 20% auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt, gäbe es alsbald auch wieder genügend Nachwuchs für Pflege- und andere Berufe.** Nicht beeindruckt lassen sollten wir uns schliesslich vom

Gejammer wegen des möglichen Wegfalls der „Bilateralen I“

Natürlich hätte sich eine Regierung mit „Rückgrat“ niemals auf die sogenannte „Guillotine-Klausel“ eingelassen, wonach sechs weitere Verträge hinfällig werden, wenn die Personenfreizügigkeit aufgekündigt wird. So etwas bringt nur unser Bundesrat fertig, der ja auch sonst ständig vor den EU-Kommissaren katzbuckelt. Sorgen brauchen wir uns aber deswegen nicht zu machen. **Soll doch die EU die „Bilateralen I“ für aufgelöst erklären!**

Fällt das Landverkehrsabkommen weg, so können wir endlich die Alpeninitiative umsetzen und den Transitverkehr limitieren.

Wozu brauchen wir ein Luftverkehrsabkommen? Die „Swiss“ ist ja ohnehin keine Schweizer Airline mehr, und Flugverbindungen bestehen weltweit auf Gegenseitigkeit. Dazu braucht es keine EU. **Der Freihandel im Landwirtschaftsbereich bringt den Schweizer Bauern viel mehr Schaden als Nutzen.**

Die Bauern können vielleicht mehr exportieren, aber die Preise sind dabei so niedrig, dass immer mehr Bauernhöfe aufgegeben werden müssen.

Was schliesslich die Forschung betrifft, waren wir den meisten EU-Staaten schon seit jeher weit voraus, und brauchen uns daher gewiss nicht dem tönernen Giganten EU anzuschliessen, um weiterhin Spitzenleistungen zu erbringen. **Stimmen wir also am 30. November JA zur Ecopop-Initiative – sie ist eine einmalige Chance, unser kleines Land davor zu bewahren, so etwas wie ein „Alpen-Hongkong“ zu werden, und dafür unsere volle Freiheit und Souveränität zurückzugewinnen!**

Christoph Spiess, e. Gemeinderat, 2. Zentralvizepräsident, Zürich